Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 107 (2010)
Heft: 1

Artikel: Trotz "grossem Aktivismus" wird das Problem nicht kleiner
Autor: Krummenacher, Jürg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839549

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Trotz «grossem Aktivismus» wird das Problem nicht kleiner

Wenn Jugendliche den Weg ins Berufsleben nicht finden, wird der Ruf nach Integrationsmassnahmen laut. Fachleute aber widersprechen: «Es gibt bereits zu viele Angebote.» Was fehle, sei die Koordination. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie.

Junge Erwachsene sind überdurchschnittlich oft auf Sozialhilfe angewiesen. Auch die Arbeitslosenquote bei den 20- bis 24-Jährigen liegt regelmässig deutlich über der Gesamtquote. Innerhalb eines Jahres hat die Zahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener um 73 Prozent zugenommen. Es ist anzunehmen, dass die Wirtschaftskrise im Verlaufe des Jahres zu einem weiteren erheblichen Anstieg führen wird. Diese Fakten sind Besorgnis erregend.

Eine der wichtigsten Ursachen für die Integrationsprobleme junger Erwachsener liegt darin, dass für viele der Übergang ins Berufsleben, ganz besonders in Zeiten einer schlechten allgemeinen Arbeitsmarktsituation, mit hohen Risiken verbunden ist. Mehr als 70 Prozent der 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebeziehenden verfügen über keine Berufsausbildung.

FACHLEUTE AUS 12 KANTONEN BEFRAGT

Die zuständigen Stellen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene haben die Probleme erkannt und darauf mit vielfältigen Massnahmen reagiert. Genügen diese Massnahmen oder besteht zusätzlicher Handlungsbedarf? Und worin bestehen die Probleme junger Erwachsener aus der Sicht von Fachleuten?

Diese Fragen beantwortet eine Studie*, die im Sommer 2009 im Auftrag von sechs Organisationen durchgeführt wurde. Das sind das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), das Bundesamt für Migration (BFM), das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), die Städteinitiative Sozialpolitik und die SKOS. Im Rahmen dieser Studie wurden 31 Interviews geführt, und zwar mit Fachleuten aus Arbeits- und Sozialämtern, Berufsbildung, Forschung, Erwerbslosen- und Integrationsprojekten sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband. Die Interviewten stammten aus 12 Kantonen aus der deutschen und französischen Schweiz. Die Studie enthält zudem wichtige Fakten und Erkenntnisse zum Thema – diese wurden ausgewertet und in einer Bestandesaufnahme zusammengefasst.

AUSBILDUNGSDEFIZITE ALS WICHTIGSTE URSACHE

Das Ergebnis zeigt, dass die Hauptursache für die Integrationsprobleme junger Erwachsener in der fehlenden Berufsausbildung liegt. Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss haben ein deutlich höheres Risiko, arbeitslos zu werden und deshalb später auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. In immer mehr Berufen wird heute eine berufliche Grundausbildung oder eine Mittelschule vorausgesetzt.

Von Integrationsproblemen besonders betroffen sind Jugendliche und junge Erwachsene, deren Eltern aus der Türkei, Portugal und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien stammen. Sie sind im Berufsbildungsprozess deutlich untervertreten und steigen deutlich früher als andere Jugendliche, aber auch schlechter qualifiziert, in den Arbeitsprozess ein. Zudem sind sie in Anlehren und in Brückenangeboten übervertreten.

Das hängt vor allem damit zusammen, dass Jugendliche ausländischer Herkunft überdurchschnittlich häufig Sonder- und Realschulen besuchen, die weniger hohe Anforderungen stellen. Der besuchte Schultypus der obligatorischen Schule spielt aber für den Zugang zu nachobligatorischen Bildungsgängen eine wichtige Rolle. Entscheidend für den Schulerfolg ist die familiäre Situation. Ausländische Kinder leben häufiger in Haushalten, in denen die Eltern nach der obligatorischen Schulzeit keine weiterführende Ausbildung absolviert haben. Von Bedeutung ist aber auch, dass die Bildungschancen in der Schweiz sehr ungleich verteilt sind und ausländische Jugendliche auch beim Übergang von der Schule in die Berufsbildung benachteiligt werden.

GESETZE BESSER AUFEINANDER ABSTIMMEN

Nach Ansicht der Fachpersonen, die im Rahmen der Studie befragt wurden, fehlt es nicht an Massnahmen, um die Integrationsprobleme anzugehen. Im Gegenteil: Die >

In immer mehr Berufen wird heute eine berufliche Grundausbildung oder eine Mittelschule vorausgesetzt.

Max Spindy

Es herrscht ein grosser Aktivismus. Was jedoch fehlt, sind eine klare Übersicht und die interinstitutionelle Koordination und Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

> meisten Fachpersonen sind der Meinung, dass es eher zu viele als zu wenige Massnahmen gibt. Es herrsche ein «grosser Aktivismus». Was jedoch fehle, seien eine klare Strategie, Transparenz, Übersicht, interinstitutionelle Koordination und Wirkungsanalyse. Den grössten Handlungsbedarf sehen die Fachpersonen bei der Verbesserung der interinstitutionellen Koordination und Zusammenarbeit auf allen Ebenen: Zwischen den einzelnen Bundesämtern, zwischen den Bundesämtern und Kantonen sowie in den meisten Kantonen. Die Gesetze seien zu wenig aufeinander abgestimmt. Die Bundesämter würden sich untereinander und mit den Kantonen zu wenig absprechen.

Den zweiten zentralen Handlungsbedarf sehen die interviewten Fachpersonen in der Nachholbildung, also der Möglichkeit, eine berufliche Ausbildung im Erwachsenenalter nachzuholen. Das Hauptproblem hier sei die Finanzierung und die Tatsache, dass sich für diese Frage kein Bundesamt und keine Institution richtig zuständig fühle. Mehrere Fachpersonen sehen das Modell «Forjad» im Kanton Waadt als zukunftsträchtiges Modell für die ganze Schweiz (s. ZESO 3/2009). Der Kanton Waadt verpflichtet junge Erwachsene auf der Basis einer Standortbestimmung zu einer Integrationsmassnahme. Erklärtes Ziel ist es, dass möglichst alle jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss eine Berufsausbildung mit anerkanntem Abschluss nachholen können.

Weiter plädierten viele Fachpersonen dafür, dass die Anlehren als niederschwellige Angebote beibehalten und eidgenössisch geregelt werden sollten, weil viele Jugendliche den Anforderungen der Attestlehren nicht genügten. Schliesslich sollten die Vorgaben für die Motivationssemester vereinheitlicht und die Vorgaben für das Case Management überdacht werden. Die Begleitung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sei als Beziehungsarbeit zu gestalten und es müsse auch mehr in die Begleitung der Familien und der Betriebe investiert werden. ■

Jürg Krummenacher

*Jürg Krummenacher: Integrationsprobleme von jungen Erwachsenen. Schlussbericht BHP Brugger und Partner, 2009.

NACHRICHTEN

TEUERUNGSAUSGLEICH NEU GEREGELT

Der Vorstand der SKOS hat beschlossen, die Teuerung für den Grundbedarf für den Lebensunterhalt gemäss SKOS-Richtlinien neu zu regeln. Zukünftig erfolgt die Teuerungsanpassung im gleichen prozentualen Umfang und zeitgleich wie jene der Ergänzungsleistungen zu AHV und IV. Bisher wurde die Teuerung mit dem vom Bundesamt für Statistik entwickelten SKOS-Index berechnet. Die neue Regel wird erstmals per Anfang 2011 wirksam. Die SKOS strebt damit eine Angleichung der Praxis an andere Bedarfsleistungen an.

HARTZ IV IST VERFASSUNGSWIDRIG

In Deutschland müssen die so genannten Hartz-IV-Regelsätze zur Unterstützung bedürftiger Kinder und Erwachsener neu berechnet werden. Die bisherige Regelung verstösst gegen die Verfassung. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden und den Gesetzgeber aufgefordert, bis Ende 2010 eine Neuregelung zu schaffen. So lange bleibt die bisherige Regel gültig. Hartz IV ist in Deutschland der gängige Name für ein Programm zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen, deren Familienangehörigen sowie Geringverdienern, die einen staatlichen Zuschuss zu ihrem mageren Arbeitslohn erhalten. Der Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene liegt derzeit bei 359 Euro (527 Franken). Bei Kindern und Jugendlichen sind die Leistungen gestaffelt: Unter sechs Jahren gibt es 60 Prozent (215 Euro), unter 14 Jahren 70 Prozent (251 Euro), darüber 80 Prozent (287 Euro). Betroffen davon sind etwa 6,5 Millionen Menschen in Deutschland, darunter 1,7 Millionen Kinder und Jugendliche.

STEFAN RITLER WIRD CHEF DER IV

Der neue Chef der Invalidenversicherung heisst Stefan Ritler. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) hat ihn zum Leiter der IV und zum Vizedirektor des Bundesamts für Sozialversicherungen ernannt. Ritler folgt auf Alard du Bois-Reymond, der seit Jahresbeginn Direktor des Bundesamts für Migration ist. Gegenwärtig ist Ritler Leiter der IV-Stelle des Kantons Solothurn und Präsident der IV-Stellen-Konferenz Schweiz. Stefan Ritler hat in Freiburg Psychologie und Theologie studiert und sich in Richtung Verwaltungsmanagement und Unternehmensentwicklung weitergebildet. Der 52-Jährige übernimmt die neue Aufgabe am 1. Mai.